



Vorwort Landrat Dieter Patt

EU – INFORMATIONEN
des EUROPE DIRECT
Informationsrelais
für die Region Mittlerer
Niederrhein und den Rhein-Erft-
Kreis

Ausgabe
Februar 2008

Inhalt

Vorwort Landrat Dieter Patt
*

Vorschlagspaket der
Europäischen Kommission zur
Klimapolitik

EUROBAROMETER-
Herbstumfrage 2007

EU-Aktionsprogramm „Europa
für Bürger/Innen 2007-2013“
*

Impressum

**Jahresprogramm 2008 des Europe
DIRECT Relais Mittlerer
Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis setzt
Schwerpunkt auf EU-Klima- und
Energiepolitik**



Mit dem Jahresprogramm 2008 will das
EUROPE DIRECT Relais Mittlerer
Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis einen

Schwerpunkt auf die Informationsvermittlung und eine aktive Unterstützung der
EU-Energie- und Klimapolitik zu einem Schwerpunkt seiner Arbeit machen.
Der **Rhein-Kreis Neuss** ist mit dem Braunkohlentagebau und seinen beiden
großen Kohlekraftwerken in Grevenbroich-Neurath und Grevenbroich-
Frimmersdorf sowie dem gerade anstehenden Bau des BoA-Kraftwerks
(Braunkohlekraftwerk mit optimierter Anlagentechnik) in Grevenbroich-Neurath,
einem Windpark und einer Photovoltaikanlage in Grevenbroich und mit den
bestehenden bzw. geplanten Einrichtungen für Forschung und Innovation
bedeutender **Energiestandort** und hat großes Interesse sich für die EU-Ziele
gemäß des Klimagipfels vom März 2007 zu engagieren. Vor diesem Hintergrund
habe ich für den Rhein-Kreis Neuss die Idee eines **ersten lokalen
Energiepaktes** ins Leben gerufen. Im Rahmen des Energiepaktes möchte ich
die lokalen Energieversorger, lokale Unternehmen und Einrichtungen, die Bürger

sowie die kommunale Politik und Verwaltung einbinden, um so den Klimaschutz im Sinne der Europäischen
Klimapolitik zu unterstützen; gemeinsam mit der Energiewirtschaft, den Partnern in Forschung und Wissenschaft soll
der Rhein-Kreis Neuss zum Standort von Pilotprojekten und Zukunftsinitiativen für neue, umweltfreundliche und
effiziente Energieerzeugung und Energiespender werden.

Auch für die Region Mittlerer Niederrhein und den Rhein-Erft-Kreis ist die Klima- und Umweltpolitik von großer
Bedeutung, denn ökologische Innovationen bieten für uns große wirtschaftliche Erfolge. Daher wollen wir im Rahmen
der diesjährigen Tätigkeit des Relais zur Bewältigung der klimapolitischen Herausforderungen Kräfte und Ressourcen
bündeln und gemeinsam die Thematik erarbeiten und angehen. Aufbauend auf den Erfahrungen und Ergebnissen der
vergangenen Landwirtschaftskonferenzen im Rhein-Kreis Neuss sowie den Deutsch-Polnischen
Landwirtschaftskonferenzen in 2004/2005 und ausgehend von den formulierten Zielen der Europäischen Kommission
werden wir am 12.02 d.J. auf Schloss Dyck Gastgeber einer Deutsch-Niederländischen Energiekonferenz sein und
voraussichtlich im September 2008 eine Deutsch-Polnische Energiekonferenz ausrichten. Auf diesen Zusammentreffen
wollen wir die verschiedenen Themenkomplexe gemeinsam mit Experten der Europäischen Kommission, aus
Wirtschaft und Wissenschaft erarbeiten. Hierzu lade ich Sie alle herzlich ein.

Dieter Patt
Landrat des Rhein-Kreises Neuss

Vorschlagspaket der Europäischen Kommission „KLIMAPOLITIK: Energie für eine Welt im Wandel“

Die Europäische Kommission hat am 23.01.d.J ihr
angekündigtes Maßnahmenpaket zum Klimaschutz und
zur Förderung erneuerbarer Energien verabschiedet.
Damit sollen die vom Europäischen Rat auf dem
Energiegipfel im März 2007 eingegangenen

Verpflichtungen umgesetzt werden. Dabei geht die EU-
Kommission davon aus, dass die letztes Jahr
vereinbarten Ziele technologisch und ökonomisch
möglich sind und einzigartige Chancen für Tausende
von europäischen Unternehmen bieten.

Mithilfe des Kommissionspakets will die **Europäische Union ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 um mindestens 20 % reduzieren und ihren Anteil von erneuerbaren Energiequellen am Energieverbrauch auf 20 % erhöhen.** „Eine Antwort auf den Klimawandel zu finden, ist der ultimative Test für die politische Handlungsfähigkeit unserer Generation“, sagte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso. „Wir haben die Pflicht, den politischen Rahmen für den Wandel zu einer umweltfreundlichen europäischen Volkswirtschaft zu schaffen und auf internationaler Ebene weiterhin die Vorreiterrolle zu übernehmen“, betonte der Präsident weiter.

Ausgehend vom Emissionshandelssystem der EU (EHS) schlägt die Kommission **die Stärkung des gemeinschaftsweit einheitlichen Kohlenstoffmarktes vor**, der noch mehr Treibhausgase (bisher galt er nur für CO₂) sowie alle industriellen Großemittenten umfassen soll. Die auf dem Markt handelbaren Emissionsrechte sollen Jahr für Jahr zurückgefahren werden, so dass die unter das Handelssystem fallenden Emissionen, gemessen am Stand von 2005, bis 2020 um 21% reduziert werden können.

Für den **Stromsektor** – den größten Emittenten in der EU – wird die Versteigerung der Emissionszertifikate gleich mit Beginn des neuen Systems 2013 zur Regel werden. **Andere Wirtschaftszweige sowie die Luftfahrt** sollen bis 2020 schrittweise zur vollständigen Versteigerung der Zertifikate übergehen. Darüber hinaus werden die Versteigerungen offen erfolgen, so dass jeder Betreiber in der EU die Möglichkeit hat, in jedem anderen Mitgliedstaat Rechte zu erwerben. Die Einnahmen sollen den Mitgliedstaaten zufließen und dazu eingesetzt werden, Innovationen in erneuerbare Energien oder Forschung zur CO₂-Abscheidung und – Speicherung zu fördern. Ein Teil der Einnahmen soll in die Entwicklungsländer fließen, um diese bei ihrer Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen.

Das seit vier Jahren angewendete EU-Emissionshandelssystem hat sich nach Meinung der Europäischen Kommission als ein wirksames Instrument erwiesen, Anreize zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen zu schaffen. Zurzeit erstreckt sich das System auf etwa 10.000 Industrieanlagen in der EU (Kraftwerke, Ö Raffinerien und Stahlwerke), auf die nahezu die Hälfte der CO₂-Emissionen entfallen.

Mit dem neuen System werden über 40% der Gesamtemissionen erfasst. Um den Verwaltungsaufwand möglichst gering zu halten, sind Industrieanlagen mit einem CO₂-Ausstoß von unter 10.000 Tonnen nicht verpflichtet, sich am Emissionshandelssystem zu beteiligen. **In nicht unter das Emissionshandelssystem fallenden Bereichen** wie dem Gebäude-, Verkehrs-

Landwirtschafts- und Abfallsektor will die EU ihre Emissionen bis 2020 auf 10 % unter den Stand von 2005 reduzieren. Die Kommission schlägt hier vor, für jeden Mitgliedstaat einen bestimmten Zielwert festzusetzen, um den die Emissionen des betreffenden Staates bis 2020 verringert werden bzw. im Falle neuer Mitgliedstaaten zunehmen müssen.

Daneben müssen gemäß des Vorschlags der Europäischen Kommission alle Mitgliedstaaten dringend damit beginnen, **strukturelle Veränderungen ihres Energieverbrauchs** vorzunehmen; heute liegt der Anteil erneuerbarer Energie am Energieverbrauch der EU bei 8,5%, damit ist ein durchschnittlicher Anstieg von 11,5% notwendig, um bis 2020 das Ziel von 20% zu erreichen. Hierzu schlägt die Europäische Kommission rechtlich verbindliche Ziele für jeden einzelnen Mitgliedstaat vor; wie die Mitgliedstaaten ihre Ziele erreichen und wie sich der Fortschritt wirksam messen lässt, soll aus den zu erstellenden nationalen Aktionsplänen hervorgehen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission geht auch auf **das bis 2020 zu erreichende Mindestziel eines Anteils von 10% Biokraftstoffen im Verkehrssektor** der EU ein. Dieser Anteil muss auch von jedem Mitgliedstaat erreicht werden, wobei es ganz wesentlich auf die Nachhaltigkeit ankommt.

Im Rahmen ihres Vorschlagspakets hat die Europäische Kommission ebenfalls **neue Leitlinien für staatliche Umweltschutzbeiträge verabschiedet**. Gegenüber den Leitlinien von 2001 wird der Anwendungsbereich und die Beihilfeintensität erhöht (Quelle: EU-AKTUELL vom 23.01.2008).

Slowenien übernimmt EU-Ratspräsidentschaft in der 1. Jahreshälfte 2008

Zum 01.01.2008 hat Slowenien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen und ein ehrgeiziges Programm vorgelegt. So wird das **erste Beitrittsland, das eine EU-Ratspräsidentschaft übernimmt**, Gastgeber zahlreicher Gipfel sein und auch die EU bei solchen repräsentieren (Treffen mit den USA, Russland und Japan sowie ein Lateinamerika-Gipfel sind geplant). Als Mittelmeeranrainerstaat will Slowenien die europäische Nachbarschaftspolitik und den Friedensprozess im Nahen Osten aktiv begleiten. Weitere wichtige Themen der Ratsagenda werden der Ratifizierungsprozess des EU-Grundlagenvertrages und der Klimawandel sein; in diesem Zusammenhang will Slowenien die weitere Nutzung der Kernenergie ansprechen, um die Ziele zum Abbau der Kohlendioxidemissionen zu erreichen. (Quelle: EU-Nachrichten Nr. 41 vom 06.12.2007).

Liverpool und Stavanger – Kulturhauptstädte 2008

Die beiden Kulturhauptstädte 2008 sind Liverpool (Großbritannien) und Stavanger (Norwegen). Die Stadt Liverpool, die in diesem Jahr eine Million Kulturtouristen erwartet, bietet Kunst, Architektur, Tanz, Kino, Theater und kulinarische Genüsse in 350 größtenteils kostenlosen Veranstaltungen. Das Programm „Open Port“ der Stadt Stavanger umfasst Angebote aus den Bereichen Architektur, Literatur, Musik und Kunst aus dem In- und Ausland.

Die Einrichtung der Europäischen Kulturhauptstadt geht auf das Jahr 1985 zurück. Eine besondere Bedeutung kommt dieser Tradition im Europäischen Jahr des interkulturellen Dialogs 2008 zu, das zur gegenseitigen Verständigung und Annäherung der europäischen Völker beitragen soll (weitere Informationen unter: http://ec.europa.eu/culture/eac/ecocs/cap_en.html).

EUROBAROMETER –Umfrage Herbst 2007 zeigt höchste Zustimmung zur EU seit 10 Jahren

„Optimismus und Aufbruchstimmung durch den EU-Grundlagenvertrag und die Besorgnis vor der Entwicklung der Weltwirtschaft kennzeichnen das Bild der Bürger/innen von der Europäischen Union im zweiten Halbjahr 2007. Die allgemeine Stimmung der EU-Bürger gegenüber der EU ist äußerst positiv. In fast allen Politikbereichen wollen immer mehr Deutsche wie Europäer Entscheidungen auf europäischer Ebene. Die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft erreicht mit 67 % den höchsten Stand seit zehn Jahren“. Dies ist die zusammenfassende Auswertung der traditionellen Herbstumfrage unter den EU-Bürger/innen.

Mitgliedschaft Deutschlands in der EU

Die **Unterstützung** für die Mitgliedschaft in der EU hat danach um 2% auf 67 % zugenommen, die **Zustimmung** zur Mitgliedschaft Deutschlands in der EU liegt mit 58% auf dem höchsten Stand seit einem Jahrzehnt.

Zukunft der Europäischen Union

Die Zukunft der EU sehen 66% der EU-Bürger/innen und 69% der Deutschen optimistisch. Mit dem Funktionieren der Demokratie in der EU sind 52% der EU-Bürger/innen und der Deutschen (damit Anstieg in Deutschland um 9 % seit der Frühjahrsbefragung 2007) zufrieden. Nach Ansicht der Europäischen Kommission zeigen hier die im Grundlagenvertrag festgelegte bessere Einbindung der Bürger/innen (u.a. europäisches Volksbegehren) und die verstärkte Handlungsfähigkeit der Institutionen der Europäischen Union offensichtliche Wirkung.

Vertrauen in die europäischen und nationalen Institutionen

Das Vertrauen im Herbst 2007 in nationale und europäische Institutionen ist gegenüber der letzten Umfrage leicht gesunken: Europäischer Gerichtshof (EU: 50%, Deutschland: 68%), Europäische Zentralbank (EU: 47%, Deutschland: 61%), Europäisches Parlament: EU: 55%, Deutschland: 52%), Europäische Kommission: EU: 50%, Deutschland: 46%). In die Bundesregierung haben 40 % und in den Bundesrat 41% der deutschen Bürger/innen Vertrauen.

Die eigene Stimme in der EU und Einbindung in europäische Angelegenheiten

Nur jeder dritter Bürger in Deutschland bzw. nur 30% der EU-Bürger/innen glauben, dass ihre eigene Stimme in der EU zählt (jeweils -5%). Zu diesem Ergebnis passt, dass die Bürger/innen sich nicht ausreichend in europäische Angelegenheiten eingebunden fühlen: Nur 20% der EU-Bürger/innen und 28% der Deutschen sehen sich ausreichend beteiligt. Dagegen glauben 79% der Bürger/innen in Deutschland, dass die Stimme ihres Landes in der EU zählt.

Die wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft

Die wichtigsten Politikfelder für die nächsten Jahre sind für die EU-Bürger/innen und die Deutschen folgende: **Kampf gegen das Verbrechen:** EU: 36%, Deutschland: 40%, **Einwanderung:** EU: 33%, Deutschland: 30%, **Umweltschutz:** EU: 33%, Deutschland: 39%, **Energie:** EU: 27%, Deutschland: 38%

Sinkende Zustimmung für EU-Erweiterung

Die Bereitschaft zur Aufnahme weiterer Länder in die EU ist sowohl bei den EU-Bürger/innen (46%) als auch bei den Deutschen (28% = -3% gegenüber der letzten Umfrage) weiter zurückgegangen. Dabei sind die Westdeutschen (27%) stärker gegen eine Aufnahme weiterer Kandidatenländer als die Ostdeutschen (33%).

Die Europäische Kommission ermittelt seit 1973 in regelmäßigen Abständen die öffentliche Meinung in der EU. Eurobarometer heißen die daraus resultierenden Berichte, die jeweils im Frühjahr und im Herbst erscheinen. Standard-Eurobarometer-Umfragen stützen sich bis auf Ausnahmen auf eine Stichprobe von je 1000 Befragten pro Mitgliedstaat. In Deutschland werden jeweils 1000 per Zufallsverfahren ausgesuchte Personen in West- und Ostdeutschland befragt. Die Erhebungen erfolgen in allen EU-Mitgliedstaaten mit einem gleichlautenden Fragebogen.

EU-Aktionsprogramm „Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007-2013“

Das EU-Aktionsprogramm „Europa für die Bürgerinnen und Bürger 2007-2013“ hat eine Finanzausstattung von 215 Mio € über sieben Jahre. In dem neuen Programm stehen die Bürger/innen der EU im Mittelpunkt; mit den drei Aktionen „Aktive Bürger/innen für Europa“, „Aktive Zivilgesellschaften in Europa“ und „Gemeinsam für Europa“ sollen sie vielfache und vielfältige Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit haben. In dieser Ausgabe der EU-Informationen wollen wir Maßnahme 1 „Aktive Bürger/innen für Europa“ (Förderung von Städte- und Kreispartnerschaften und „Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten und -kreisen“) vorstellen.

Aktion 1.1 „Städte- und Kreispartnerschaften“

Im Rahmen dieser Aktion fördert die Europäische Kommission **Bürgerbegegnungen** im Rahmen von **Städtepartnerschaften** und seit diesem Förderzeitraum auch von **Kreispartnerschaften**. Dabei bedeutet Partnerschaft, dass diese entweder in Vorbereitung sein oder bereits existieren muss (Nachweis erforderlich). Im Rahmen dieser Begegnungen, die max. 21 Tage dauern können (incl. An- und Abreise) sollen gemeinsame Aktivitäten und Erfahrungsaustausch zu Fragen stattfinden, die das tägliche Leben der Bürger in Europa betreffen, wie z.B. Umweltfragen, Sprachenvielfalt, kulturelle Identität. Im Antrag muss ein entsprechendes Programm dargelegt werden, das die Inhalte, Ziele, Methoden, Anzahl und Zusammensetzung der Teilnehmer/innen festlegt. Bei einer bilateralen Partnerschaft müssen mindestens 10 Teilnehmer aus der eingeladenen Gemeinde, multilateral mindestens 5 Teilnehmer/innen pro eingeladene Gemeinde in die Begegnung eingebunden sein; davon dürfen weniger als die Hälfte der Teilnehmer/innen gewählte Mitglieder der Kommunalvertretung und Mitarbeiter/innen der Verwaltung sein; mindestens eine der beteiligten Kommunen muss aus einem EU-Mitgliedstaat kommen. Antragsteller kann die organisierende Stadt oder ihr Partnerausschuss/-verein mit Rechtsstatus sein. Die finanzielle Unterstützung erfolgt in der neuen Förderperiode auf der Grundlage von Pauschalsätzen für Reise- und Organisationskosten pro Teilnehmer/in (damit entfällt in Zukunft der bisherige aufwändige Einzelrechnungsnachweis) und wird erst ab einer Summe von € 2.000,- gewährt. Als zusätzliche Neuerung und Erleichterung können die Anträge erstmals auf elektronischem Wege bei der für Antragstellung und Abwicklung zuständigen Exekutivbehörde in Brüssel gestellt werden. Die nächsten Antragsfristen sind: der 01.04.2008 für Begegnungen zwischen dem 01.08. und 30.09.2008 und der 01.06.2008 für Begegnungen zwischen dem 01.10. und 31.12.2008.

Aktion 1.2 „Bildung thematischer Netzwerke zwischen Partnerstädten und -kreisen“

Diese Aktion unterstützt thematische Konferenzen und workshops, an denen mindestens 20 Personen aus mindestens drei Kommunen aus drei unterschiedlichen europäischen Ländern, darunter mindestens einem EU-Mitgliedsland, teilnehmen. Eine Konferenz/ein workshop sollte sich mit einem Fachthema an eine spezielle Zielgruppe richten und als Grundlage für weitere Aktionen zum behandelten oder einem neuen Thema dienen. Antragsberechtigt sind Gemeinden und Partnerschaftsausschüsse. Auch hier richtet sich die finanzielle Unterstützung nach der Dauer der Konferenz/des workshops und der Anzahl der teilnehmenden Personen; der Mindestzuschuss beträgt 3.500,- €, zusätzlich kann für den Einsatz von Kommunikationsmitteln ein Pauschalbetrag in Höhe von 1.500,- € beantragt werden. Die nächste Antragsfrist ist der 01.12.2008 für Veranstaltungen zwischen dem 01.04. 2009 und 31.03.2010.

Weitere Informationen zu den Aktionen 1.1 und 1.2 sind erhältlich auf der Website: http://eacea.ec.europa.eu/citizenship/action1/towntwinning/funding_en.htm.

Termine! Termine! Termine! Termine! Termine!

avanti!2008 - Internationale Messe für Jobs, Bildung und Karriere im Ausland

Am 13. und 14. März 2008 findet im Berliner Rathaus wieder die avanti!-Messe statt, die Jobs, Bildungschancen und Karrieremöglichkeiten im Ausland vermittelt. Dabei liegt der Schwerpunkt auf dem europäischen Bildungs- und Arbeitsmarkt. Vorträge, Seminare und Präsentationen ergänzen das Messeangebot. Partnerland der avanti!2008 ist Frankreich. Der Veranstalter ist das Europäische Informationszentrum Berlin. Der Eintritt ist frei.

Brüsselfahrt des EUROPE DIRECT Relais

Vom 09.-11.04.2008 bietet das EUROPE DIRECT Relais eine Informationsfahrt nach Brüssel für Mitarbeiter/innen von Verwaltung und Unternehmen an. Informationen über die Besuchsstationen, Themen und Kostenbeitrag sind erhältlich unter der unten stehenden Kontaktadresse.



rhein
kreis
neuss

Rhein-Kreis Neuss - Der Landrat
Wirtschaftsförderung/Europabüro
EUROPE DIRECT Informationsrelais
Mittlerer Niederrhein/Rhein-Erft-Kreis
Frau Ruth Harte
Oberstraße 91
41460 Neuss
Tel.: 02131/928-7600 od. -7601
Fax: 02131/928-7699
e-mail: europabuero@rhein-kreis-neuss.de